

Blum, Ulrich

Article Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich (2005) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 11, Iss. 5, pp. 130-130

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143385>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

Am 2. Mai 2005 besuchte die Regionalkommissarin der Europäischen Union, Frau Danuta Hübner, Ostdeutschland. Wesentlicher Punkt auf der Agenda war die Frage, wie die künftige Ziel-1-Förderung Ostdeutschlands angesichts finanzieller Engpässe infolge der EU-Erweiterung in Brüssel und klammer Kassen in einigen Geberländern der Europäischen Union, die zugleich systematisch das Maastricht-Verschuldungskriterium verfehlen, gestaltet werden kann.

Hat Ostdeutschland noch ein Anrecht auf Hilfe seitens der EU vor dem Hintergrund, dass durch die neuen Mitgliedsländer der Einkommensdurchschnitt in Gesamteuropa gesunken ist und damit quasi ein verringerter Förderbedarf signalisiert werden kann? Wenn eine Beibehaltung der Förderniveaus – möglicherweise eine großzügigere Förderung insgesamt – zu einer Erhöhung des deutschen EU-Beitrags führt, ist dies aus deutscher Sicht sinnvoll? Und welche Rolle soll die nationale Förderung vor allem im Rahmen des Solidarpakts-II spielen?

Ostdeutschland besitzt einen gegenüber allen ehemaligen kommunistischen Staaten einzigartigen Standortnachteil, nämlich fehlende Zentralen großer Unternehmen. Für westdeutsche Unternehmen, die im Rahmen der Privatisierung von der Treuhand Betriebe kauften, war es nicht sinnvoll, zwei Unternehmenssitze in Deutschland aufrechtzuerhalten bzw. zu errichten. Heute werden westdeutsche Aktivitäten in Ostdeutschland fast immer von der westdeutschen Konzernzentrale gesteuert. Geht man davon aus, dass ungefähr 50% der Wertschöpfung in Ostdeutschland von derartigen verlängerten Werkbänken kommt und dass Führungsfunktionen ungefähr 30% der Wertschöpfung ausmachen, dann liegt unter aktuellen Bedingungen die ostdeutsche Zielmarke des Pro-Kopf-Einkommens bei 85% des Westens. Mehr ist im Durchschnitt nicht zu erreichen. Einige Zentren wie Dresden, Leipzig oder Jena werden diesen Durchschnitt übertreffen, viele werden darunter stagnieren.

In Ländern wie Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei oder Ungarn sind die Verhältnisse völlig anders. Wenn sich hier ein ausländisches Unternehmen einkauft, so übernimmt es oft ein komplettes Unternehmen mit sämtlichen Funktionen; die Chance, hochwertige Funktionen zu stabilisieren, liegt hier höher als in Ostdeutschland. Auch wenn aktuell der wirtschaftliche Nachholbedarf dort noch enorm ist: Langfristig erwächst diesen Ländern ein Standortvorteil, der im Osten Deutschlands nicht existiert.

Soll in Ostdeutschland die Bedeutung der Führungsfunktionen wachsen, so kann dies durch Neuansiedlung internationaler Unternehmen mit ihren Headquarters, vor allem aber durch die Expansion des eigenen Mittelstandes geschehen. Marktnahe Innovationshilfen, die dies absichern, können sehr schnell in Konflikt mit der Beihilfeordnung der Europäischen Union kommen. Man kann nur hoffen, dass die Europäische Union diesen Sonderfall des Ostens Deutschlands im Auge behält, wenn sie die Kriterien für die Förderung und die Beihilferegeln festlegt.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*